

### Schulen der Demokratie: Bericht zu den "Walter Benjamin Lectures 2021" von Axel Honneth am 16., 17. und 18. Juni im Berliner Freiluftkino Hasenheide

Bisky, Jens; Malowitz, Karsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bisky, J., & Malowitz, K. (2021). Schulen der Demokratie: Bericht zu den "Walter Benjamin Lectures 2021" von Axel Honneth am 16., 17. und 18. Juni im Berliner Freiluftkino Hasenheide. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-79890-1>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Jens Bisky, Karsten Malowitz | Veranstaltungsbericht | 22.06.2021

## Schulen der Demokratie

### Bericht zu den „Walter Benjamin Lectures 2021“ von Axel Honneth am 16., 17. und 18. Juni im Berliner Freiluftkino Hasenheide

Die Demokratietheorie ist gut beraten, die Menschen dort aufzusuchen, wo sie zu finden sind: bei der Arbeit. Ebdieses zu tun, versprach die Ankündigung der Walter-Benjamin-Lectures 2021, die Axel Honneth vom 16. bis zum 18. Juni in Berlin hielt. Er hatte sie „Der arbeitende Souverän. Eine demokratische Theorie der Arbeitsteilung“ überschrieben und damit die Neugier geweckt, wie er das „unauflösliche Spannungsverhältnis“<sup>1</sup> zwischen Kapitalismus und Demokratie beschreiben und analysieren würde, von dem Jürgen Habermas vor nunmehr vier Jahrzehnten gesprochen hatte. Habermas konstatierte damals, in der *Theorie des kommunikativen Handelns*, dass mit Kapitalismus und Demokratie „zwei entgegengesetzte Prinzipien der gesellschaftlichen Integration um den Vorrang“ konkurrierten. Honneth knüpfte an den Befund seines früheren Mentors an, gab der Problematik aber eine stärker sozialpsychologische Wendung, die es in sich hatte: Die Bedingungen in der gegenwärtigen Arbeitswelt, so Honneths Befund, hinderten die Menschen daran, in ihrem Erwerbsleben diejenigen sozialen Kompetenzen und psychologischen Dispositionen auszubilden, die von ihnen als Bürgerinnen und Bürger in demokratischen Prozessen gefordert werden. Ergo müssten diese Bedingungen geändert werden – und zwar grundlegend.

Nicht nur das gegenwartsdiagnostisch ebenso ergiebige wie interessante Thema, auch die außergewöhnlichen äußeren Umstände garantierten Honneths Berliner Auftritt ein hohes Maß an Aufmerksamkeit. Nachdem die [2019 mit Charles Taylor eröffnete Vorlesungsreihe](#) im vergangenen Jahr aus Seuchenschutzgründen entfallen musste, präsentierte sich der zweite Inhaber des Benjamin Chairs am 2018 gegründeten [Berliner Center for Humanities and Social Change](#) live und in Farbe in der Hauptstadt. Von Rahel Jaeggi, der Direktorin des Centers, mit liebevoller Ironie als „der Anerkennungs-Honneth“ vorgestellt, sprach selbiger in den ersten Tagen vorsichtiger Lockerungen vor Publikum im Freiluftkino Hasenheide, einem ebenso prominenten wie schönen und trotz der Hitze vergleichsweise kühlen Ort. Der Volkspark Hasenheide im Berliner Stadtteil Neukölln wird regelmäßig und nicht ohne Grund mit Drogenhandel assoziiert. Wichtiger ist, dass er Raum für alle und jeden bietet. Er ist einer jener inklusiven Orte, die Berlins soziale Atmosphäre prägen. Hier trifft sich die Großstadtgesellschaft der kleinen Leute und ignoriert dabei souverän das Denkmal für den

backenbärtigen Turnvater Jahn, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der Hasenheide Körper- und Gesinnungserziehung, Befreiung und Ressentiment verknüpfte.

Das Kino war für die drei Vorlesungen bereits kurz nach deren Ankündigung ausgebucht, und es wären noch viel mehr gekommen, hätte man nicht pandemiebedingt auf Abstand achten müssen. „Wir haben gegen Corona gewettet – und gewonnen“ begrüßte Gerhard Groß, der Geschäftsführer des Kinos, die Anwesenden unter hohen Bäumen, und versprach: „Die Bar bleibt offen, solange Sie sich diszipliniert verhalten.“ Das überwiegend junge, studentische Publikum zeigte keine Neigung, über die Stränge zu schlagen. Es war offenkundig gekommen, um über die Krisen der Gegenwart grundsätzlich und mit neuem Ernst nachzudenken.



**Ungewohnte Zeichen in der Hasenheide**, Foto: © Marvin Ester

In den drei Vorträgen ging es um „Die Arbeit (in) der Demokratie“, „Die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Arbeit“ und den „Kampf um die gesellschaftliche Arbeit“ – und damit um ein vom Redner in den vergangenen Jahren nicht eben prominent behandeltes Thema. Erst kürzlich hat Jürgen Kaube den Vertretern der Kritischen Theorie insgesamt vorgehalten, dass der Kapitalismus nicht ihr „zentrales Forschungsobjekt“ geworden und die „Empirie der modernen Gesellschaft“ für sie nur von „zweitrangigem Interesse“ sei.<sup>2</sup> Würde der langjährige Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung diesen Vorwurf entkräften? Und wie würde er sich zu den vielen anderen Versuchen positionieren, nach dem Scheitern des immer noch machtvollen Neoliberalismus den Charakter des Interregnums zu definieren, in dem wir leben? Honneth selber nutzte den ursprünglich von Antonio Gramsci geprägten und seit einigen Jahren verstärkt in Umlauf gebrachten Begriff meist in gestisch angedeuteten Anführungsstrichen, bedeutet er doch zu Vieles und

zu Vages. Aber wenn von Entgrenzung der Märkte, von Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, von Finanzialisierung und Kapitalismus inmitten der Digitalen Revolution die Rede ist, steht so schnell keine griffigere Bezeichnung bereit, um eine Gegenwart zu bezeichnen, in der alte Gewissheiten nicht mehr gelten und neue sich noch nicht eingestellt haben. Wie also würde die „demokratische Theorie der Arbeitsteilung“ sich ausnehmen neben Zeitdiagnosen wie Philipp Thers *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*, Oliver Nachtweys *Abstiegsgesellschaft*, Joseph Vogls *Kapital und Ressentiment* oder Wolfgang Streecks in diesen Tagen erscheinender Studie *Zwischen Globalismus und Demokratie*? Die kurze Antwort lautet: anregend, normativ und politisch abgerüstet, und frei von apokalyptischen Szenarien. Was sie allerdings auch hinterließ, waren eine Menge Fragen.

Im Zentrum der ersten Vorlesung stand die Suche nach einem normativ gehaltvollen Arbeitsbegriff oder, anders gewendet, nach dem Guten in der Arbeit. Dass Arbeit Ausweis von Selbstbestimmung und Ehre sein kann, ist eine historisch junge Vorstellung; über viele Jahrhunderte bedeutete Arbeit vor allem Plage, Mühe und tägliche Bürde, verrichtet in Abhängigkeit und Unselbständigkeit. Das, so Honneth, änderte sich erst um 1800 mit der Durchsetzung rechtlicher Reformen und dem Aufkommen neuer Idealbilder von Gesellschaft, nachzulesen am besten in Hegels Rechtsphilosophie, die den Wert der Arbeit darin erblickte, dass man durch sie etwas sei, einen Status besitze. Diese Darstellung widersprach zwar in weiten Teilen der historischen Wirklichkeit, verstärkte aber die Kritik an den tatsächlichen Verhältnissen und fand nicht zuletzt in der rasch anwachsenden sozialtheoretischen Literatur großen und lang nachwirkenden Widerhall.

Anhand des jeweils zugrunde gelegten normativen Ideals von Arbeit unterschied Honneth drei verschiedene Denkströmungen. Die erste – später „Entfremdungspartei“ genannt – kritisierte die Arbeitsbedingungen in den Fabriken, in denen ohne Sicherheit und bis zur Erschöpfung geschuftet und den Arbeitenden jede Möglichkeit genommen werde, ihr Tun als eigenständiges Handeln zu begreifen und im fertigen Produkt die Entäußerung ihrer Gattungskräfte zu sehen. Von dieser Gruppe, deren Kritik auf der normativen Vorstellung von Arbeit als einem selbstbestimmten, kreativ-schöpferischen Prozess gründet, unterschied Honneth eine zweite Richtung, die vor allem den Aspekt des gemeinschaftlichen Handelns herausstellte. Diese – von ihm als „Kooperationspartei“ titulierte – Gruppe beklagte, dass unter entfremdeten Arbeitsverhältnissen die Arbeitenden isoliert, zur Konkurrenz verdammt und der Möglichkeit zur Entfaltung der in ihrer menschlichen Natur angelegten Form der sozialen Kooperation beraubt seien. Beim jungen Marx der *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* und bei den Frühsozialisten lassen sich dergleichen Argumente finden, ebenso bei den Syndikalisten und den englischen

Gildensozialisten um G. D. H. Cole. Ob sie nun im Namen des Individuums oder der Kooperation die elende Wirklichkeit und das wirkliche Elend kritisierten, beide Denkströmungen sprachen der Arbeit einen Wert in sich zu und hielten an der Überzeugung fest, dass – andere gesellschaftliche Verhältnisse vorausgesetzt – prinzipiell jede Tätigkeit in Form nicht-entfremdeter Arbeit ausgeübt werden kann. Für Honneth gehen diese „idealisierenden Neigungen“ mit einer Überschätzung der politischen Gestaltbarkeit und der Plastizität der Arbeitswelt einher. Deswegen plädierte er für eine dritte, „graduelle Vorstellung“. Statt jeder Arbeit einen intrinsischen Wert zuzusprechen, solle diese vielmehr funktional verstanden und daraufhin befragt werden, wie sie beschaffen und organisiert sein müsse, um einen anderen, außerhalb ihrer selbst liegenden Zweck zu erfüllen: die möglichst vollständige Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der demokratischen Willensbildung. Um „unhaltbaren Perfektionismus“ zu vermeiden, klammerte Honneth sowohl den Entfremdungsbegriff als auch die Ideale der individuellen respektive kollektiven Selbstverwirklichung gleichsam ein: Arbeit solle nicht um ihrer selbst willen als wertvoll gelten, sondern aufgrund der Chancen zur gleichberechtigten Ausübung politischer Freiheit, die sie eröffnet. Als Gewährsmann berief sich Honneth wieder einmal auf Hegel, der das in der Rechtsphilosophie in negativer Form ausgesprochen oder doch angedeutet habe, als er schrieb, dass die Vereinzelung im Besonderen der Arbeit unfähig zur Empfindung der geistigen Freiheit mache.

Ausgehend von diesem „ethisch sparsamen Arbeitsbegriff“ stellte Honneth nun die Frage nach den Kriterien, denen eine am Ideal der Gewährleistung demokratischer Partizipation orientierte Umgestaltung der modernen Arbeitswelt zu genügen habe. Er identifizierte deren vier: Arbeit müsse, erstens, eine auskömmliche Existenz und zugleich effektive Formen der Mitbestimmung hinsichtlich der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen ermöglichen. Sorgen um das Auskommen am nächsten Tag ließen keinen Raum für demokratische Teilhabe; wer in Betrieben und Behörden nicht erfahre, dass die eigene Stimme zählt, bringe auch kein Vertrauen in politische Deliberation auf. Diese erfordere, zweitens, immer auch Zeit, weshalb die Arbeitszeit begrenzt und die Arbeit so gestaltet werden müsse, dass sie die Menschen nicht restlos erschöpfe und Gelegenheiten zur Erholung biete. Drittens – „jetzt kommt der Anerkennungs-Honneth“ – müssten die Einzelnen sich anerkannt fühlen und stolz auf die eigene Leistung empfinden können, um so das nötige Selbstwertgefühl zu entwickeln. Neben diesen psychischen Aspekt trete schließlich, viertens, ein sozialer. Am Arbeitsplatz müsse die Chance zur „vorauslaufenden Einübung in demokratische Praktiken“ und zur Ausprägung von Gewohnheiten der wechselseitigen Rücksichtnahme und Unterstützung bestehen, um der Gefahr eines Wildwuchses egozentrischer Einstellungen entgegenzuwirken.

Mit diesen Überlegungen hatte Honneth am Ende der ersten Vorlesung die normativen Grundlagen für seine Kritik der gegenwärtigen Arbeitswelt in demokratiefördernder Absicht gewonnen. Zweierlei fiel dabei auf. Zum einen blieb der demokratische Prozess weitgehend unbestimmt. Drei Praktiken der Teilnahme an der demokratischen Willensbildung wurden genannt: Die Äußerung öffentlicher Wortbeiträge, die Mitwirkung an Demonstrationen und Protesten sowie das Engagement in politischen Vereinigungen. Dass auch und gerade in der Demokratie politische Konflikte nicht nur um das Gemeinwohl, sondern um Macht und Herrschaft geführt werden, blieb ebenso unberücksichtigt wie die naheliegende Vermutung, dass eine stärkere Partizipation der Bürgerinnen und Bürger die Anzahl und Intensität dieser Konflikte eher steigern könnte. Auch von Interessen war kaum die Rede, ebenso wenig von Arbeits- und Verteilungskämpfen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Folgt man Honneths Rekonstruktion der demokratieförderlichen Erfordernisse, erscheint der historische Aufstieg etwa der deutschen Sozialdemokratie zur stärksten demokratischen Kraft des Kaiserreichs als ein fast unlösbares Rätsel: Von Existenzsorgen gepeinigt, in überlangen, von monotonen Tätigkeiten erfüllten Arbeitstagen erschöpft, konfrontiert mit dem „Herr-im-Hause“-Standpunkt der Fabrikbesitzer, politisch zum inneren Feind erklärt und verfolgt, gelang es der frühen Arbeiterbewegung dennoch, sich zu organisieren, damit Anerkennung zu finden, gemeinsame Interessen zu definieren und für diese erfolgreich und demokratisch zu kämpfen – und das alles nach Feierabend.

Auch heute mangelt es nicht an Beispielen dafür, dass nicht partizipations- und deliberationsfreundliche Bedingungen, sondern die Empörung über unhaltbare Zustände Menschen zum Kampf für ihre eigenen Interessen und damit zur Teilnahme an politischen Willensbildungsprozessen motivieren:<sup>3</sup> jüngstes Beispiel dafür sind etwa die wilden Streiks der beim Lebensmittel-Lieferdienst *Gorillas* Beschäftigten, die sich von den „Wir-sind-ein-Team“-Floskeln – der heutigen Form des „Herr-im-Hause“-Standpunkts – nicht daran hindern lassen, für einen gekündigten Kollegen und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Auch an die unter dem Hashtag #ichbinhanna endlich wieder einmal etwas lauter gewordene Kritik an den weder der Demokratie noch der Wissenschaft dienlichen Arbeitsverhältnissen an Deutschlands Universitäten wäre in diesem Zusammenhang zu erinnern.



**Axel Honneth bei der Arbeit, souverän**, Foto: © Marvin Ester

Honneth wies an den drei Abenden mehrfach darauf hin, dass er das Manuskript für seine Vorträge stark, nämlich etwa um die Hälfte, kürzen müsse. Dem notgedrungen angesetzten Rotstift fiel auch ein erheblicher Teil des Überblicks über die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in den vergangenen zweihundert Jahren zum Opfer, der Gegenstand der zweiten Vorlesung war. Es mag sein, dass in den gestrichenen Passagen mehr von Interessen, Konflikten und politischer Organisation die Rede war als in dem mündlich gehaltenen Vortrag. Der ältere Marxismus war jedenfalls davon überzeugt, dass die Arbeiter gerade dank der disziplinierenden Wirkung der Fabrikarbeit jene Fähigkeiten erwerben würden, die sie bräuchten, um sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zu organisieren.

Den Arbeitsbegriff, der dieser Denkrichtung zu Grunde lag, unterzog Honneth am zweiten Abend mit guten Gründen der Kritik. Darum bemüht, jede Fixierung auf das Herstellen von Gegenständen und Produkten zu vermeiden, wollte er die lange Zeit der bloßen Reproduktionssphäre zugeschlagene Hausarbeit ebenso in seine konzeptionellen Überlegungen einbeziehen wie die häufig marginalisierte Gruppe dienender Berufe. Auch von der Vorstellung, die Verteilung von Arbeit müsse immer marktförmig organisiert sein, verabschiedete sich Honneth, private Freizeitbeschäftigungen hingegen wollte er nicht als Arbeit anerkennen. Am Ende seiner definitorischen Überlegungen bestimmte er Arbeit somit einigermaßen vage als die Gesamtheit aller Tätigkeiten, die notwendig sind, um die Reproduktion der erforderlichen und für wertvoll gehaltenen Bestandteile des sozialen Lebens aufrecht zu erhalten. Man darf vermuten, dass diese Formel noch nicht ihre letzte Gestalt gefunden hat.

Im zweiten Teil der Vorlesung widmete sich Honneth der gegenwärtigen Arbeitswelt, die er von mehreren Entwicklungen und einer „Kaskade von Ungleichzeitigkeiten“ geprägt sah. Er wies hin auf die Flexibilisierung von Kapitalflüssen und Arbeitsverhältnissen, den Zwang zu „zermürbenden Praktiken des digitalen Zeitmanagements“, immer schärfere und kleinteiligere Kontrollen, eine schleichende „Taylorisierung“ von Dienstleistungen, und die Wiederkehr des alten, aus dem 19. Jahrhundert bekannten Verlagssystems in der Gig-Ökonomie mit ihren zahllosen Clickworkern. Aus der etwas eklektisch anmutenden Auswahl destillierte Honneth schließlich vier allgemeine Tendenzen heraus: eine zunehmende Isolierung der Tätigkeiten; die Zerstückelung der individuellen Arbeitsbiografien; eine Entstofflichung und Entkörperlichung von Tätigkeiten; die Entsicherung und Prekarisierung. Man geht wohl nicht fehl, wenn man vermutet, dass die normative Hintergrundfolie für diese Beobachtungen von den Vorstellungen einer normalen Arbeitsbiografie zur Zeit der sozialliberal regierten Bundesrepublik geprägt ist. Zeitgenössische Phänomene wie die Auslagerung „schmutziger Jobs“ in den globalen Süden und dessen systematisch betriebene Ausbeutung ebenso wie das Elend vieler Arbeitsmigrant\*innen kamen jedenfalls nicht zur Sprache. Die Grenzen des spezifisch demokratietheoretischen Interesses, mit dem Honneth die Probleme der Arbeitswelt betrachtete, traten hier besonders deutlich zutage.

Was tun? Wie wäre die so beschriebene Arbeitswelt zu demokratisieren? Um diese Fragen ging es in der dritten Vorlesung. Dabei machte Honneth von vornherein deutlich, dass er seine Ideen nicht als „Lösungen“ verstanden wissen wollte, sondern als „Mittel, die man verwenden könnte, um die Misere der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse aufzulösen oder zu verändern“. Der von André Gorz und Philippe van Parijs entworfenen und seither viel diskutierten Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens erteilte Honneth in diesem Zusammenhang eine klare Absage, weil es den Menschen nur finanzielle Mittel gebe, ihnen aber keine Angebote zur sinnvollen Betätigung mache, was die Gefahr weiterer Isolierung und Vereinzelung in sich berge. Zu hoffen, dass die Menschen sich solche Betätigungen von alleine suchten, sobald sie vom Zwang zur Erwerbsarbeit befreit sind, erschien ihm trügerisch. Er sprach sich stattdessen für eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse mit den Mitteln der Politik und des Rechts aus. Ins Zentrum rückte er dabei das Netzwerk aller arbeitsteilig aufeinander bezogenen und voneinander abhängigen Tätigkeiten, die einem sozial verallgemeinerbaren Zweck dienten. Die derzeitigen Grenzziehungen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit ebenso wie die aktuell dominanten Formen der Verteilung von Arbeit oder des Erwerbs von Eigentum dürften nicht länger als funktional notwendig und daher alternativlos missverstanden werden. Vielmehr müssten sie als Beziehungen von Macht und Herrschaft verstanden werden, die



in den letzten Jahrzehnten mit politischen und rechtlichen Entscheidungen bewusst geschaffen wurden, die eben deshalb aber auch wieder neu arrangiert werden könnten. Eine an politischer Freiheit und demokratischer Partizipation interessierte Reorganisation der Arbeit müsse dabei zwei Ziele verfolgen: zum einen die rechtliche Ermöglichung und staatliche Förderung alternativer Formen der Allokation von Arbeit jenseits des Marktes, zum anderen eine möglichst weitgehende Demokratisierung der weiterhin bestehenden Formen marktvermittelter Erwerbsarbeit. Was den ersten Punkt betrifft, brachte Honneth die (von Michael Walzer übernommenen) Ideen einer zeitlich befristeten staatlichen Dienstverpflichtung zur Erledigung harter, aber gesellschaftlich notwendiger Arbeiten sowie eine Stärkung selbstverwalteter und genossenschaftlicher Betriebe ins Spiel; mit Blick auf den zweiten Punkt propagierte er eine Rückkehr zum Typ des Normalarbeitsverhältnisses zur Überwindung prekärer und ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse und forderte – neben höheren Löhnen und besserer sozialer Absicherung – die Gewährleistung von mehr Mitbestimmungsrechten für die Arbeiter und Angestellten. Monotone, abstumpfende und isolierte Tätigkeiten, wie sie schon John Stuart Mill und Émile Durkheim kritisiert haben, sollten nach Möglichkeit verhindert und durch einen veränderten Zuschnitt von Zuständigkeiten und Arbeitsabläufen in anspruchsvollere oder abwechslungsreichere beziehungsweise kooperativ ausgeübte Tätigkeiten überführt werden. Dass die gesellschaftlichen Umstände für radikale Reformen der Arbeit gerade denkbar schlecht, die kollektive Gegenwehr unter dem „Mehltau des Hinnehmens“, der sich über das Land gelegt habe, noch nie so schwach gewesen sei, gestand Honneth zu, wollte darin aber keinen Einwand, sondern einen zusätzlichen Ansporn erkennen. Um eine öffentlich sichtbare Gegenbewegung aufzubauen, brauche man einen langen Atem und die schon von Max Weber identifizierten Tugenden des Politikers: Leidenschaft, Augenmaß und Realismus.

Nachdem Honneth unter dem Applaus des auch am dritten Tag wieder zahlreich erschienenen Publikums geendet hatte, blieb es der als Kommentatorin geladenen Historikerin Andrea Komlosy von der Universität Wien vorbehalten, einige der Punkte zu benennen, über die man zuvor nichts gehört hatte: die Neuvermessung des Verhältnisses von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie die damit zusammenhängenden Fragen der Trennung von privater und öffentlicher Sphäre und die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse. Hier hatte Honneth, wie er ohne Umschweife eingestand, „gepatzt“. Die Fantasie, die ihm nach eigener Aussage in diesen Dingen fehlt, ließ Komlosy dafür in ihren knappen Bemerkungen mehr als einmal aufblitzen. Sie präsentierte einen Strauß von Vorschlägen, wie eine an der Vorstellung des „ganzen Hauses“ orientierte Neugestaltung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit aussehen könnte, angefangen von

der betrieblich organisierten Kinderbetreuung bis hin zur gemeinschaftlichen Verpflegung und Übernahme von Pflegetätigkeiten. Die Unterschiedlichkeit der Temperamente und Ansätze brachte Honneth bei seiner abschließenden Replik mit freundlicher Ironie auf den Punkt: Hie die Sozialdemokratie der alten Bundesrepublik, dort das „Rote Wien“ der Zwischenkriegszeit. Zum Schluss dankte Rahel Jaeggi noch einmal allen Beteiligten, die auf, vor, neben oder hinter der Bühne zum Gelingen der *Lectures* beigetragen hatten, dann ging man freundlich auseinander und das Publikum verstreute sich in der Hasenheide, wo der Souverän, das Volk, nicht mehr arbeitete, sondern der Muße pflegte.

Die Eindrücke, die Honneths Vorträge hinterließen, sind zwiespältig. Ihm ging es, wie er immer wieder deutlich machte, vor allem um die sozialen Kompetenzen und psychologischen Dispositionen der Menschen. Der Arbeitsplatz soll gewissermaßen zur Schule werden, wo man die Fähigkeiten erlernt, die es braucht, um eine gute Bürgerin, ein guter Bürger zu werden. Diesem – man ist geneigt zu sagen: sozialpädagogischen – Ziel, soll die Umgestaltung der Arbeitswelt dienstbar gemacht werden, um so die politische Freiheit der Einzelnen wie des Gemeinwesens zu stärken. Während sein früherer Mentor Habermas den Kapitalismus demokratisch einhegen wollte, dessen systemischen Eigensinn aber grundsätzlich als funktional notwendig anerkannte,<sup>4</sup> plädierte Honneth für eine tiefgreifende Umgestaltung der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse, die sich die Grenzen des Möglichen nicht vom *status quo* diktieren lässt. Ohne die Formel zu bemühen, knüpfte er damit an die alte linke Forderung nach einer „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ an, um die es hierzulande seit etlichen Jahren sehr still geworden ist. Damit stehen Honneths Überlegungen zum „arbeitenden Souverän“ auch in der Tradition Oskar Negts, der wie kein zweiter die zeitweilige Zusammenarbeit von Kritischer Theorie und Gewerkschaften befördert hat. Sie ließen sich in verschiedene Richtungen weiter entwickeln. Einige seien hier kurz angedeutet:

Zum einen könnte es sich lohnen, auch die Frage nach Politik als Beruf wieder auf die Tagesordnung zu setzen, also die Frage nach den Arbeitsbedingungen, die Politikerinnen und Politikern zugemutet werden und den damit verbundenen Folgen für demokratische Prozesse. Was bedeutet die notwendige und irreversible Professionalisierung von Politik für die demokratische Meinungsbildung? Auch der fragmentierte Arbeitsmarkt verdiente eine genauere Betrachtung. Immerhin gibt es neben den Ausgeschlossenen und dem neuen Dienstleistungsproletariat eine gar nicht so kleine Gruppe von Liberalisierungsgewinnern, die sich um Work-Life-Balance sorgen können und der Norm des lebenslangen Normalarbeitsverhältnisses skeptisch gegenüberstehen, sich also ganz bewusst ein „Leben jenseits der Festanstellung“ wünschen.<sup>5</sup> Der Verweis auf die in letzter Zeit wiederholt

beschworenen *Trente Glorieuses* wird nicht ausreichen, ein Bewusstsein gemeinsamer Interessen bei den Betroffenen zu wecken, die Honneth in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse politisch aktivieren möchte. Erstens war die Arbeitswelt auch damals keineswegs frei von Ausbeutung und Unterdrückung; und zweitens haben Automatisierung, Digitalisierung und Globalisierung neue Problemlagen hervorgebracht, die sich in den Grenzen des Nationalstaats nicht werden lösen lassen. Und dass ein halbwegs intakter Wohlfahrtsstaat ebenfalls Ungerechtigkeiten und Ausschlusseffekte produziert, nämlich gegenüber denen, die außen vor bleiben, lässt sich an dem einen oder anderen skandinavischen Vorzeigeland studieren.

Bei aller wohlfeilen Kritik, die man an den Vertretern einer sich als kritisch verstehenden Sozialwissenschaft üben kann, die – wie etwa Colin Crouch, Wolfgang Streeck oder eben auch Axel Honneth – scheinbar veraltete Ordnungsmodelle der Vergangenheit zur Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Probleme empfehlen, sollte man eines jedoch nicht vergessen: die von ihnen ins Spiel gebrachten Vorschläge sind immer noch weitaus radikaler und fantasievoller als alles, was die Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien im Angebot haben. Angesichts einer Gegenwart, die von einem ebenso mutlosen wie zynischen „Weiter so!“ geprägt ist, scheint das Anknüpfen an die Gedankenwelt der Siebziger Jahre geradezu fortschrittlich.

## Endnoten

1. „Zwischen Kapitalismus und Demokratie besteht ein *unauflösliches* Spannungsverhältnis; mit beiden konkurrieren nämlich zwei entgegengesetzte Prinzipien der gesellschaftlichen Integration um den Vorrang.“ Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, 4., durchges. Aufl., Frankfurt am Main 1987, Bd. 2, S. 507.
2. Jürgen Kaube, Die Kritische Theorie und die Wissenschaft, in: Mittelweg 36 30 (2021), 3, S. 102–103, hier S. 102.
3. In diesem Zusammenhang einschlägig und nach wie vor lesenswert ist Barrington Moore, Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, übers. von Detlev Puls, Frankfurt am Main 1982.
4. Ebd.
5. Holm Friebe / Sascha Lobo, Wir nennen es Arbeit – die digitale Bohème oder: intelligentes Leben jenseits der Festanstellung, München 2006.

### Jens Bisky

Dr. Jens Bisky ist Germanist und arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteur der Zeitschrift Mittelweg 36 sowie des Internetportals Soziopolis. (Foto: Bernhardt Link /Farbtonwerk)

### Karsten Malowitz

Karsten Malowitz, Politik- und Sozialwissenschaftler, arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteur der Zeitschrift Mittelweg 36 und des Internetportals Soziopolis. Foto: © Studio Fabian Hammerl

**Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von** Martin Bauer, Stephanie Kappacher.

**Artikel auf soziopolis.de:**

<https://www.sozopolis.de/schulen-der-demokratie.html>